Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Speech
Kiel, 20.02.2013

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Baulicher Zustand der Landesstraßen in Schleswig-Holstein

Der Zustand der Straßen in der Bundesrepublik zeichnet sich immer mehr dadurch aus, dass er sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Egal ob wir es dabei mit Gemeinde-, Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen zu tun haben. Eines gilt für alle: die Unterhaltung kann von den Trägern kaum noch geleistet werden. Wir haben gerade zum Bundesverkehrswegeplan gesprochen und auch dort wird künftig die Sanierung der Bundesstraßen Vorrang vor Neu- und Ausbau bekommen. Aufgrund der schlechten Haushaltslagen wird Flickschusterei an den Straßen betrieben, statt sie gründlich zu sanieren. Das Problem wird nur verschoben, nicht behoben. Dadurch schieben wir seit Jahren einen Buckel vor uns her, der stetig weiter anwächst. Dies erleben wir auf allen politischen Ebenen.
Auf der anderen Seite erleben wir seit Jahren Verkehrszuwächse und die Prognosen gehen von weiteren Zuwächsen aus. Betrachten wir dann auch noch die Altersstruktur und die unterschiedliche Qualität der Straßen stellen wir fest, dass Straßen für diese Verkehrszahlen nicht ausgelegt sind. Folglich wird sich die Lage nicht verbessern.

Auch wenn dies in der konkreten Situation nicht weiter hilft, macht es deutlich, dass wir es hierbei nicht mit einem schleswig-holsteinischen Phänomen zu tun haben. Bundesweit hat es sich ausgebreitet. Gleichwohl trifft es die finanzschwachen Länder dann immer am härtesten. Es sind mittlerweile Schäden in Millionenhöhe die wir allein bei uns im Land vor uns

herschieben. Für Schleswig-Holstein bedeutet dies: Wir benötigen 100 Millionen zusätzlich, um die Landes- und Kreisstraßen in einen verkehrssicheren Zustand zu versetzen. Doch das Geld reicht nicht. Und es gipfelt schlussendlich darin, dass die Straßen, nachdem Geschwindigkeitsbegrenzungen durchgeführt wurden, schließlich gesperrt werden müssen. So zum Beispiel die L 205 zwischen Büchen und Gudow.

Wenn nun Teile der Opposition aus dem Knick kommen und Forderungen an die Landesregierung stellen, mehr für die Landesstrassen zu tun, machen sie es sich sehr leicht. Die Schäden an den Straßen sind nicht erst in diesem Winter entstanden, sie liegen bereits länger zurück. Seinerzeit wurde zu wenig getan, um die Straßen in einem vernünftigen Zustand zu halten und sie den Verkehrsprognosen entsprechend anzupassen.
Dies haben die Vorgängerregierungen nicht getan, um die Lasten nachfolgenden Regierungen aufzubürden. Sie konnten es schlicht nicht, weil auch sie den Haushaltszwängen unterlagen. Genau wie wir heute. Die Gelder sind knapp und die Haushaltssituationen werden sich weiter verschärfen. Daher helfen gegenseitige Schuldzuweisungen nicht weiter.

Diese Landesregierung hat sich zur Aufgabe gemacht, die Sanierung der Straßen vor Neu- und Ausbau zu stellen. Sie sehen, wir haben die Probleme erkannt. Wir wissen aber auch, dass das nicht reichen wird - aber es ist ein Anfang. Die Forderung die Quotenregelung bei den GVFG-Mitteln wieder zurück zu schrauben, zu Ungunsten des ÖPNV, ist reiner Populismus. Die Umschichtung greift noch nicht einmal und die CDU fordert, dass wir es rückgängig machen sollen.
Wir müssen uns nichts vormachen. Das gesamte Landesstraßennetz in einen Top-Zustand zu versetzen werden auch wir weder kurzfristig noch mittelfristig schaffen. Daher müssen Lösungen erarbeitet werden, wie künftig vorzugehen ist, damit keine weiteren Straßen gesperrt werden müssen. Dafür brauchen wir einen Überblick über alle Landesstraßen und deren aktuellen Zustand. Daraus ist dann eine Prioritätenliste zu erstellen welche Straßen wann gemacht werden müssen. Auch ist darüber nachzudenken, welcher Grad des Erhaltungszustands für die verschiedenen Landesstraßen leistbar ist. Dies ist zwar nicht zufriedenstellend, aber zumindest können wir so die Straßensicherheit weiter gewährleisten.